

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

**der Abgeordneten Dr. Matthias Strolz, Kollegin und Kollegen
betreffend Förderung von Innovation im System Schule durch Abbau der bürokratischen Überreglementierung und Stärkung der Selbstorganisationskräfte**

Die in Österreich stark ausgeprägte Weisungs- und Misstrauenskultur im Bildungsbereich versucht den Schulalltag bis ins kleinste Detail von oben mittels Gesetzen, Verordnungen und Erlässen zu reglementieren. Sämtliche Eventualitäten sollen berücksichtigt und kontrolliert werden. Das regulative Korsett ist eng zugeschnürt und die Schulen sind oft polit-taktisch motivierten, außerschulischen Einfluss- und Zugriffsmöglichkeiten ausgeliefert. Das Ergebnis: Eine aufgeblähte Bürokratie, politische Interventionen und ein unüberschaubarer Verordnungsdschungel binden Ressourcen, blockieren die Selbstorganisationskräfte des Systems Schule sowie individuelles Engagement und frustrieren Systemteilnehmer_innen, primär die Schulleitungen und die Lehrer_innen, in weiterer Folge Schüler_innen und Eltern.

Wenn sich der Eindruck verhärtet, dass es im System hakt, dann erhöhen wir den bürokratischen, ideologischen oder parteipolitischen Anpressdruck und verfeinern die top-down-Detailsteuerung. Das System Schule braucht eine grundsätzliche Neuorientierung.

Diese Überreglementierung konterkariert bzw. erschwert innovative Entwicklungen im Schulsystem. Schule ist eine lernende Organisation, in der alle Verantwortung übernehmen müssen:

- die Politik für die Ausprägung des gestalterischen Rahmens,
- die Schüler_innen für ihre Entwicklung und Lernfortschritte,
- die Lehrer_innen für deren optimale Führung, Begleitung und Unterstützung,
- die Schulleiter_innen für die kompetente Führung der Organisation und
- die Eltern für ihre Teilhabe am Schul- und Lerngeschehen.

Die Aufgabe der Politik ist es in diesem Zusammenhang, einen fixen Rahmen für Freiräume zu schaffen, gemeinsame Zielvorgaben auszugeben und deren Erreichung zu begleiten und zu evaluieren - wir schlagen hier die Einführung der „Mittleren Reife“ vor. Damit gibt sie den Schulleitungen sowie den Pädagoginnen und Pädagogen Freiheit und Verantwortung in Umsetzung und Gestaltung des jeweiligen Schulstandortes. Bildungsreform und Schulentwicklung geschieht somit permanent und täglich „von unten“.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Bildung und Frauen, wird beauftragt, gemeinsam mit den Schulpartnern, externen Expert_innen, der Zivilgesellschaft und allen Parlamentsparteien einen Gesetzesvorschlag zu erarbeiten, um im System Schule mehr Innovation und „Schulentwicklung von unten“ zu ermöglichen und zu fördern.

Die Schulen sollen als lernende Organisationen einen klaren Handlungsrahmen erhalten, im Rahmen dessen sie mit pädagogischer, finanzieller und personeller Autonomie ihren Aufgaben nachgehen. Die Erreichung der definierten Zielvorgaben (u.a. Mittlere Reife) wird begleitet und kontrolliert. Die aktuelle bürokratische Überreglementierung des Systems Schule wird umfassend zurückgefahren, die Selbstorganisationskräfte des Systems werden gestärkt."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.



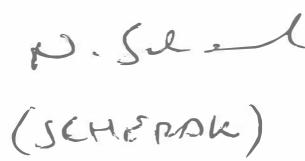
(Strelz)



VAVRILK



(GAMON)



P. SCHERPAK

